Deutscher Bundestag **Drucksache 19/5913**

19. Wahlperiode 20.11.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Volker Münz, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Martin Hohmann, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Ulrike Schielke-Ziesing, Marc Bernhardt, Stephan Brandner, Jürgen Braun, Matthias Büttner, Tino Chrupalla, Siegbert Dröse, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Martin Hess, Leif-Erik Holm, Jörn König, Volker Münz, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Paul Viktor Podolay, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Beatrix von Storch, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4609, 19/4624, 19/4625, 19/4626 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für die Energiewende sind im Bundeshaushalt 2019 erhebliche Mittel vorgesehen. Allein der Energie- und Klimafonds sowie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie planen für diesen Bereich Ausgaben in Höhe von knapp sieben Milliarden Euro ein. Im Wesentlichen sollen erneuerbare Energien, energieeffizientes Bauen und Sanieren, sowie Elektromobilität gefördert werden. Erklärtes Ziel dessen ist eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Bis 2050 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent gesteigert werden.

Die Energiewende ist unsozial, plan- und ziellos. Sie wird seit ihrer Ausrufung eher mit Aktionismus als mit koordinierten Maßnahmen vorangetrieben. Ohne fundierte wissenschaftliche Analyse der Probleme wurde eine neue Industriesparte milliardenschwer subventioniert. Als teures ideologisches Spielzeug hat die Energiewende laut Bundesrechnungshof in den letzten fünf Jahren den deutschen Steuerzahler mindestens 160 Milliarden Euro gekostet und zwar ohne merklichen positiven Beitrag für unser

Land. Auch heute noch sind grundlegende technisch-technologische Fragen nicht gelöst. So ist eine Energiewende ohne ausreichende Speicherkapazitäten rein technisch nicht möglich. Sollten tatsächlich Speichermedien in entsprechender Größenordnungen geschaffen werden können, dürfte ein solcher Prozess dann jedoch unwirtschaftlich werden. Des Weiteren hapert es seit Jahren am Netzausbau.

Keines der genannten Ziele der Energiewende wird erreicht. Von Umweltschonung kann angesichts der Umwandlung von naturbelassenen Gebieten in Windparks nicht die Rede sein. Vor allem aber gibt es die Energiewende für den Verbraucher nicht umsonst. Insgesamt wird der Bürger doppelt belastet, nämlich durch die Subventionierung der Ökoindustrie durch Steuermittel und durch die überhöhten Verbrauchskosten.

Die Energiewende wird mit jeder neu installierten Solaranlage und jedem zusätzlichen Windrad für den Verbraucher teurer. Die so genannte Energiearmut greift ums sich. Nach Angaben der Bundesnetzagentur wurde 2017 bei 344.000 Haushalten der Strom abgedreht. Gerade Menschen, die knapp über der Schwelle für den Bezug von Sozialtransfers liegen, haben häufig damit zu kämpfen, jeden Monat ihre Energierechnung zu bezahlen. Damit ist die Bundesregierung vom Ziel einer bezahlbaren Energiewende weit entfernt. Im Gegenteil, sie verschärft auf diese Weise die sozialen Probleme in unserem Land und treibt ein ideologisches Prestigeprojekt auf dem Rücken der wirtschaftlich schwächsten Teile der Bevölkerung voran.

Auch Wohnraum wird durch die ideologisch aufgeblähten Dämmvorschriften verteuert. Hinzu kommt aber, dass bei der energetischen Gebäudesanierung angesichts der vergleichsweise hohen Effizienz im deutschen Gebäudebestand ein eklatantes Missverhältnis aus Aufwand und Nutzen besteht. Die Probleme im Gebäudebestand liegen außerhalb Deutschlands. Nicht nur hier, sondern auch bei der Förderung der Elektromobilität kommt es zu erheblichen Fehlallokationen. Seit vielen Jahren bestehen Probleme mit dem Speichermedium Batterie, der Reichweite und der Infrastruktur. Zudem werden staatliche Prämien kaum nachgefragt. Die einseitige Bevorzugung einer einzelnen Technologie Alternativen hebelt die Marktmechanismen aus und verhindert so eine nachhaltige Entwicklung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- die Energiewende und die damit verbundenen erheblichen Fehlallokationen zu beenden, nicht zuletzt das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm;
- das EEG abzuschaffen und die Verbraucher vor weiter steigenden Energiepreisen zu schützen;
- die Subventionen und Preisregulierungen zurückzufahren;
- die frei werdenden Mittel für eine zukunftssichere und tragfähige Energieversorgung oder für Steuersenkungen einzusetzen;
- zukunftsfähige Konzepte zur Energieversorgung in Deutschland zu erarbeiten und zu evaluieren;
- den Wirtschaftsstandort Deutschland als verlässlichen Energieproduzenten zu sichern;

Berlin, den 20. November 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.